

Kein Mensch ist perfekt

Unter dem Motto „Kein Mensch ist perfekt. Behinderte Menschen: Menschen wie du und ich“ setzt sich die Caritas mit ihrer aktuellen Jahreskampagne für das Recht von Menschen mit Behinderung auf selbstbestimmte Teilhabe und Einbeziehung in die Gesellschaft ein.

Von Gaby Jacquemoth

„Wir alle sind dafür verantwortlich, dass das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung in unserer Gesellschaft gelingt“, sagte Caritas-Präsident Peter Neher am 11. Januar bei der Präsentation der neuen Caritas-Jahreskampagne vor Journalisten in Berlin. Zum Auftakt der diesjährigen Caritas-Jahreskampagne machte Neher deutlich, dass gelingende Inklusion (Einbeziehung, Dazugehörigkeit) von der gesamten Zivilgesell-

schaft als Aufgabe anerkannt werden muss.

Dies sei nicht ausschließlich die Aufgabe von Selbsthilfe- und Wohlfahrtsverbänden oder gar der Betroffenen und ihrer Angehörigen, sagte der Vorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes, Prälat Franz Josef Gebert: „Echte Teilhabe für Menschen mit Behinderung, das ist mehr als nur bauliche Barrieren abzubauen. Wir müssen die Barrieren in den Köpfen abbauen. Menschen mit Behinderung sind zuerst Menschen mit vielen Talenten und Fähigkei-

ten, mit Wünschen und Träumen. Jeder von uns kann und muss dazu beitragen, dass Behinderte stärker als bisher am gesellschaftlichen Leben teilhaben und es mitgestalten.“ Gerade die Kirche sei gefordert, Menschen zu integrieren. Sie könne in ihren eigenen Pfarrgemeinden und Gemeinschaften mit gutem Beispiel vorangehen.

Im politischen Rahmen verweist die Caritas auf die UN-Behindertenrechtskonvention 2009, durch die Diskussionen über die Grundlagen und die praktische Umsetzung der selbstbestimmten Teilhabe Behinderter eine neue Qualität erhalten haben. In Deutschland ist die Konvention seit März 2009 in Kraft. Dabei geht es nicht um Sonderrechte für behinderte Menschen. Vielmehr sollen universelle Menschenrechte realisiert werden.

Sich durch die anderen behindert fühlen

Ein weiteres politisches Ziel ist die Inklusion behinderter Menschen. Damit soll es allen Bürgern ermöglicht werden, an der Gesellschaft teilzuhaben und sie mit zu gestalten. Teilhabe an Bildung, Arbeit und Wohnen sind die für behinderte Menschen zentralen Bereiche, in denen die Caritas Verbesserungen fordert, unter anderem beim Schulbesuch für behinderte Kinder in Regelschulen.

Hier gebe es noch viel zu tun, sagte Caritas-Präsident Neher in Berlin. „Weder die kommunale Infrastruktur noch die einzelnen Bürger sind ausreichend auf die spezifische Lebenssituation von



Martina Nitz lebt in Berlin und arbeitet im Theater Thikwa.

Menschen mit Behinderung vorbereitet“, kritisierte er. Dies zeige sich an baulichen Hindernissen im Alltag oder an den Schwierigkeiten betroffener Eltern, ihr behindertes Kind an einer Regelschule anmelden zu können.

Aber auch im ganz alltäglichen Umgang mit anderen Menschen zeigten sich Barrieren, die es abzubauen gelte: „Menschen mit Be-

hinderung erzählen oft, dass sie sich gerade durch die anderen behindert fühlen. Häufig erleben sie, dass ihr Gegenüber zuerst die Behinderung wahrnimmt und nicht einfach nur die Person. Sie wünschen sich, so wie sie sind, akzeptiert und respektiert zu werden“, sagte Neher. Auf diesen Aspekt wolle die Caritas vor allem mit ihren Plakaten zur Kampagne bei-

tragen (Motive siehe Abbildungen auf dieser Seite). Darauf sind Menschen mit einer Behinderung zu sehen. Dem dazugehörigen Text ist zu entnehmen, dass diese Menschen sich aber nicht an ihrer Behinderung stören, sondern zum Beispiel an der Größe ihrer Nase oder der Haarfarbe. „Dies wird hoffentlich viele Menschen irritieren: die dann vielleicht ins Nachdenken kommen“, wünscht sich Neher. „Wenn das gelingt, wirkt die Kampagne bereits.“ Man wolle nicht das Leid, das mit Krankheit und Behinderung verbunden ist, klein reden, aber darauf hinweisen, dass das Glück eines Menschen von vielen Faktoren abhängt.

Vielfältige Angebote im Bistum Trier

Im Bistum Trier bieten katholische Träger ein Netzwerk von Hilfen für Menschen mit Behinderung. Dazu gehören 155 Dienste und Einrichtungen, in denen rund 16 150 Menschen betreut werden. Es gibt Wohnangebote, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Tages- und Förderstätten sowie Sozialpädagogische Zentren und Kinderfrühförderung.

Info

Die Caritas bietet auf der neuen Website zur Jahreskampagne viele Informationen, Links und Berichte Betroffener: www.kein-mensch-ist-perfekt.de. Zu den Angeboten der Caritas im Bistum Trier für Menschen mit Behinderungen gibt es mehr Infos unter www.caritas-trier.de.



Markus Virck begeistert andere mit seinen Märchen.



Frederik Heinrich schreibt gerade an seiner Doktorarbeit.

Die Stimme der Unzufriedenheit

Seit mittlerweile fünf Jahren regiert die Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, kurz MAS) Bolivien. Anlass für den „Paulinus“, Entstehung und Aufstieg des MAS einmal näher zu beleuchten. Teil 1 von 2.

Von Anja Peters

Seit nunmehr fünf Jahren wird unser Partnerland Bolivien von Evo Morales und seiner Partei Movimiento al Socialismo (Bewegung zum Sozialismus) regiert. Mit seinem Wahlsieg 2005 verband die Mehrheit der Bolivianer die Hoffnung auf eine Alternative zu den etablierten politischen Parteien, in die die Bevölkerung jegliches Vertrauen verloren hatte. Dabei schrieben Morales und seine Partei bereits nach der Wahl im doppelten Sinne Geschichte: Zum ersten Mal in der demokratischen Geschichte Boliviens seit 1982 hatte es ein Präsidentschaftskandidat geschafft, bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit zu erringen. Zum anderen wurde Morales 2006 als erster indigener Präsident Boliviens vereidigt.

entlassenen Minenarbeiter und ihre Familien in der Hoffnung auf eine neue Lebensgrundlage ins Chapare abwanderten, das in der Folge zu einem der Hauptanbaugebiete der Pflanze wurde. Die für ihren Radikalismus bekannten mineros integrierten sich problemlos in die starken und gut organisierten lokalen Gewerkschaften. Im Kampf gegen die Maßnahmen der Regierung zur Drogenbekämpfung betonten die Kokabauern immer wieder die Bedeutung der Pflanze als Bestandteil der indigenen Kultur und Tradition. Dadurch enthielt ihr gewerkschaftlicher Kampf von Beginn an auch eine ethnische Dimension. Innerhalb der Dachorganisation der Gewerkschaften drängten sie darauf, ein neues politisches Instrument zu gründen, um von den etablierten Parteien unabhängig indigene Interessen im Parlament zu vertreten und die rigide Koka-Politik der Regierung zu stoppen. Es dauerte bis Mitte der 1990er Jahre, bis ein Konsens herbeigeführt und das politische Instrument Asamblea por la Soberanía de los Pueblos (ASP / Versammlung für die Souveränität der Völker) gegründet wurde, um an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Durch Probleme bei der Registrierung musste die Partei sich kurzfristig einer Allianz aus Linksparteien anschließen, gewann jedoch auf Anhieb zehn Bürgermeisterämter und 49 Sitze in den Gemeinderäten. Auch bei den nationalen Wahlen 1997 weigerte sich der nationale Wahlgerichtshof, die ASP zuzulassen. Dennoch gewannen die Kokabauern aus dem Chapare,



Rückgriff auf indigene Traditionen: Evo Morales (weiß gekleidet, in der Bildmitte) in der uralten Kultstätte Tiahuanaco. Foto: Imago

unter ihnen der berühmteste Kandidat Evo Morales, vier Direktmandate für das Department Cochabamba und zogen als Abgeordnete ins Parlament ein. Nach den Wahlen kam es zu internen Führungstreitigkeiten, Morales verließ mit seinen Anhängern die ASP und gründete 1999 die Partei Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos (IPSP / Politisches Instrument für die Souveränität der Völker), um an den Kommunalwahlen teilnehmen zu können.

Allianzen mit sozialen und indigenen Bewegungen

Auch diesmal lehnte der Nationale Wahlgerichtshof die Registrierung ab. In dieser Situation bot der Parteigründer des MAS, David Añez Predaza, Morales an, seine beim Wahlgerichtshof registrierte Partei zu übernehmen. Beim MAS handelt es sich ursprünglich um eine Partei des rechten politischen Lagers, die 1987 aus der Spaltung einer national-faschistischen Par-

tei hervorgegangen war. Der Parteigründer scheiterte jedoch mit seinem Projekt und Ende der 1990er Jahre existierte seine Partei nur noch auf dem Papier. Morales und die Mitglieder des IPSP berieten sich auf einem außerordentlichen Kongress und gingen auf das Angebot Predazas ein. Der Wahlgerichtshof billigte das Vorgehen, veranlasste jedoch, dass für die Wahl 1999 weder Name, noch Symbole oder Programm der Partei geändert werden durften.

Seit seiner ersten Wahlteilnahme bei den Kommunalwahlen 1999 konnte der MAS seine Erfolge sowie seine Parteistruktur kontinuierlich ausbauen. Wurde die Partei in den Anfangsjahren vor allem durch die gewerkschaftlichen Traditionen ihrer Gründungsmitglieder geprägt, ging sie im Laufe der Jahre vermehrt politische Allianzen mit weiteren sozialen und indigenen Bewegungen ein und öffnete sich sowohl organisatorisch als auch inhaltlich anderen Bevölkerungsgruppen des Landes. Vor den Wahlen

2002 warb der MAS um die Gunst bürgerlicher Intellektueller und ehemaliger Politiker der Linken, um eine Ausweitung der Partei in allen Regionen und Gesellschaftsschichten des Landes zu fördern. Der Plan ging auf: Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 zog der MAS mit 20,94 Prozent als zweitstärkste Partei ins Abgeordnetenhaus und in den Senat ein, bevor er 2005 mit 53,74 Prozent die absolute Mehrheit im Parlament errang.

Die Gründe für diesen rasanten Aufstieg sind vielfältig und komplex. In institutioneller Hinsicht umgingen Morales und seine Anhänger mit der Nutzung der Parteihülle MAS entscheidende rechtliche Hürden und verschärfte Bedingungen zur Registrierung einer Partei in Bolivien.

Selbst für die bolivianische Mittelschicht wählbar

Darüber hinaus profitierte der MAS von gesellschaftlichen Konflikten, vor allem der Legitimationskrise der politischen Parteien, die sich bis 2005 in einem Maße gesteigert hatte, dass die Situation zu eskalieren drohte. In dieser Situation präsentierten der MAS sich der Bevölkerung als Alternative, die den ersehnten politischen Wandel herbeiführen würde. Damit gelang es ihnen, die gesellschaftliche Oppositionsstimme gegen die alten Machtgruppen zu kanalisieren. Durch das Verschwinden der linken Parteien in der politischen Bedeutungslosigkeit avancierte der MAS zur kämpfenden Kraft für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit im Namen der indigenen Bevölkerung. Morales präsentierte sich als Hoffnungsträger all derer, die bisher noch keinen Zugang zu politischer Macht hatten und davon träumten, dass einer von ihnen es

schaft, Präsident zu werden. Mit seiner kulturellen Symbolpolitik wirkte er gleichzeitig glaubwürdig für die indigenen Bewegungen und moderat integrativ für die bolivianische Mittelschicht, für die er als Einziger fähig schien, die stark zerstrittene bolivianische Gesellschaft zu einen.

Vereint im Kampf gegen das alte Regime

Die politischen Forderungen des MAS entwickelten sich zu einem Gemisch aus frühmarxistischen Ansätzen verbunden mit Elementen indigener Kultur und Lebensform, Antiglobalisierungsthese und einem auf der Lebensweise der Indigenen begründeter Öko-Diskurs. Wichtig für den Erfolg des MAS ist die Breite und Vielfältigkeit seiner Ziele und Forderungen, mit denen er es schaffte, dem politischen Protest der sozialen Bewegungen sowie den aktuellen Konfliktlinien in der bolivianischen Gesellschaft Ausdruck zu verleihen. Dadurch fühlen sich die verschiedensten Bevölkerungsgruppen als Gesinnungsgemeinschaft im Kampf gegen das alte Regime vertreten. Als integrierender Rahmen für die verschiedenen Forderungen dient der Rückgriff auf das indigene Weltbild und die Werte einer vorkolonialen Kultur. Das „S“ für Sozialismus im Namen der Partei spielte, zumindest bis 2005, eine untergeordnete Rolle.

Unsere Autorin Anja Peters ist Diözesanvorsitzende des Bundes der deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Bistum Trier. Sie hat Politikwissenschaft, Spanisch und Ethnologie studiert und ihre Magisterarbeit über den Aufstieg von Evo Morales und des MAS geschrieben.